

# Nehmt das, ihr alten Säcke

## Alterssicherungskommission legt brutale Kürzungspläne vor: Statt Frühverrentung länger arbeiten. Pflicht zur Kapitalmarktanlage. »Nachhaltigkeitsfaktor« soll Rentenanstieg dämpfen

Von Sebastian Edinger

Nur noch eine Basisabsicherung soll die gesetzliche Rente künftig sein, hatte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) im April kundgetan. Vergangene Woche hat die von ihm eingesetzte Rentenkommission unter Leitung von Constanze Janda, Rektorin der Verwaltungsuniversität Speyer, und Frank-Jürgen Weise, früherer Chef der Arbeitsagentur, geliefert: [Ihr Bericht enthält 33 Vorschläge](#) und viel Potential, das ramponierte Rentensystem weiter kaputtzukürzen. [»Aus einem Guss« will Merz die Vorschläge umsetzen.](#)

Auch Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) zeigte sich von dem Kürzungspaket begeistert. Ein »volles Kompliment« sprach sie den 13 Mitgliedern der Kommission aus. Sie hätten »in Rekordzeit ein wirklich gutes Gesamtpaket vorgelegt«. Nun steht zu befürchten, dass sich die Koalitionspartner rasch auf eine ziemlich weitreichende Rentenreform einigen könnten - mit fatalen Konsequenzen für künftige Rentner, die sich in der Phase der Erwerbstätigkeit keine private Altersvorsorge leisten konnten oder auf unseriöse Anbieter hereingefallen sind.

### Altersarmut kein Thema

Zwar betont die Kommission, »eine langjährige Vollzeiterwerbstätigkeit« solle »ein auskömmliches Einkommen im Alter« ermöglichen. Jedoch sei Armutsbekämpfung »eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die vorrangig über die steuerfinanzierte Grundsicherung erfolgen sollte«. Kein Thema für die Rentenpolitik also.

Zugleich plädieren die Experten dafür, als Zielvorgabe eine Nettoersatzquote von 70 Prozent vorzusehen. Sprich: Im Ruhestand sollen die Leute durchschnittlich 70 Prozent ihres letzten Nettoeinkommens zur Verfügung haben. Verbindlich festgeschrieben werden soll die Quote jedoch nicht. Ausdrücklich wird empfohlen, »keine Steuerungsgrößen im Sinne bindender Automatismen zu schaffen«. Außerdem wird in dem Bericht klargestellt, die Zielvorgabe könne nicht allein durch die gesetzliche Rente erreicht werden, sondern nur »als Gesamtversorgungsniveau im Zusammenspiel mit der freiwilligen zusätzlichen Altersvorsorge und sozialpolitischen Maßnahmen«.

Deutlich konkreter gefasst sind die Kürzungsvorschläge, etwa in Form einer Abschaffung der Rente mit 63. Diese wurde 2014 eingeführt und ermöglicht es Erwerbstätigen, die 45 Jahre lang Beiträge gezahlt haben, abschlagsfrei in Rente zu gehen. Ursprünglich frühestens am 63, seither wird die Grenze schrittweise auf 65 erhöht. Geht es nach der Rentenkommission, soll das Modell komplett abgeschafft werden. So ließen sich 430 Millionen Euro pro Jahr einsparen, wird argumentiert. Weiter rechnen die Experten vor: Würden alle Versicherten ein Jahr später in Rente gehen, könnten sogar 6,5 Milliarden Euro eingespart werden.

Dazu passt der Vorschlag, das Renteneintrittsalter schrittweise weiter anzuheben, solange die durchschnittliche Lebenserwartung steigt. Steigt diese um ein Jahr, sollen die Beschäftigten acht Monate davon zusätzlich malochen. Die Kommission rechnet vor, dass im Laufe der 2030er Jahre mit einem Anstieg des Renteneintrittsalters um sechs Monate zu rechnen wäre. Dass die Lebenserwartung von Besserverdienenden nicht nur höher ist, sondern auch schneller steigt, weswegen das Modell eine weitere Benachteiligung von Geringverdienenden bedeuten würde, nehmen die Autoren des Berichts zur Kenntnis. Die gesundheitlichen Probleme der Armen seien jedoch »vor allem durch Gesundheitsprävention und Rehabilitationsmaßnahmen« zu adressieren. Nicht durch das Rentensystem.

## **Eingebauter Rentenstopper**

Um die Renten insgesamt niedrig zu halten, will die Kommission darüber hinaus den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor wieder einführen. Eigentlich sollen die Renten in der BRD parallel zu den Löhnen steigen. Im Zuge des Sozialabbaus der Regierung Schröder wurde jedoch 2004 ein zusätzlicher Faktor in die Rentenformel eingebaut, der den Aufwuchs dämmt. So sollte dem demographischen Wandel Rechnung getragen werden. 2025 wurde der Faktor jedoch faktisch außer Kraft gesetzt, weil sich die CDU/SPD-Koalition darauf verständigt hatte, das im internationalen Vergleich ohnehin ausgesprochen niedrige Rentenniveau von 48 Prozent zumindest bis 2031 nicht noch weiter absacken zu lassen. Diese Haltelinie soll nun weg.

Viele schlechte Nachrichten für heutige und künftige Rentner. Eine gute Nachricht hat die Rentenkommission dafür für Finanzspekulant: Alle Versicherten sollen gezwungen werden, künftig ein Prozent ihres Einkommens für staatlich organisierte Kapitalmarktanlagen bereitzustellen und so die Märkte weiter aufzublähen. Zockt die Regierung damit erfolgreich, fällt die Rente später etwas höher aus. Verzockt sie sich, ist das Geld weg. Doch keine Sorge: »Die Kapitalanlage soll professionell erfolgen«, heißt es im Bericht der Kommission. Das senke die Ertragsrisiken.

Abgerundet wird die Reformempfehlung mit einem blumigen Blick in die Zukunft, der wohl dazu dient, die sozialdemokratische Basis einzubinden: Der Kreis der Beitragszahler soll um Selbständige, Abgeordnete, Beamte und Vorstände von Aktiengesellschaften erweitert werden. Eine solche »Erwerbstätigenversicherung« und die damit verbundene Abschaffung von privilegierten Sondersystemen fordern Gewerkschaften und Sozialverbände schon lange. Bloß: Wirklich ernst gemeint ist der Vorschlag nicht. Die Rede ist von einem »Idealbild der Alterssicherung«. Dieses sei jedoch »angesichts der

starken Pfadabhängigkeit des Systems (...) in absehbarer Zeit womöglich schwer zu erreichen«.

## **Blankes Entsetzen**

Der Begeisterung in den Regierungsparteien steht blankes Entsetzen in Opposition und Sozialverbänden gegenüber: »Die Rentenempfehlungen sind vor allem eines: maßlose Kürzungen. Werden sie umgesetzt, reihen sie sich nahtlos in die sozialen Grausamkeiten dieser Regierung ein«, kommentierte der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Sören Pellmann. Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, Joachim Rock, bemängelte, die Kommission verzichte »fast vollständig auf konkrete Vorschläge, Altersarmut endlich entschieden zu bekämpfen«. Zusammen mit den angekündigten Wohngeldkürzungen drohten »die Sozialreformen zu einem armutspolitischen Wachstumsprogramm zu werden«.

[Der DGB wiederum hat am Freitag die alternativen Empfehlungen seiner eigenen Rentenkommission](#) vorgestellt. Anstelle des dämpfenden »Nachhaltigkeitsfaktors« ist ein Demographiezuspruch des Bundes vorgesehen. Hohe Einkommen, große Vermögen und Kapitalerträge sollen stärker an der Finanzierung beteiligt werden. Außerdem sollen Unternehmen verpflichtet werden, ihren Beschäftigten Betriebsrenten anzubieten. »Eine gute Rente für alle ist möglich – das ist eine Frage des politischen Willens«, betonte die Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Yasmin Fahimi. [Ob das mit dem Entwurf des DGB gelingt, ist aber fraglich.](#)

## **HintergrundMärchen der unfinanzierbaren Rente**

In Talkshows, auf Konferenzen, in Zeitungen – überall verbreiten regierungsnahen Experten, das Rentensystem sei nicht mehr finanzierbar. Die jüngeren Generationen würden überlastet. Rentenkürzungen seien daher eine Frage der Gerechtigkeit. Dabei ist die gesetzliche Rente hierzulande im internationalen Vergleich ausgesprochen leistungsschwach: Gerade einmal 55,3 Prozent ihres letzten Nettoeinkommens erhalten Rentner in Deutschland durchschnittlich ausgezahlt. In Österreich sind es 87,4, in Spanien 86,5, in Italien 82,6 und in den Niederlanden sogar 93,2 Prozent.

Woher kommt also der vermeintliche Finanzierungsdruck? Großteils durch die systematische Plünderung der Rentenkasse durch die Regierung. Die Rentenkommission zeigt in ihrem Bericht selbst, dass jährlich bis zu 124 Milliarden Euro aus der Rentenkasse für versicherungsfremde Leistungen verwendet werden. Demgegenüber steht ein Bundeszuschuss von 84 Milliarden. Bleibt eine Lücke von rund 40 Milliarden Euro, die jährlich durch niedrigere Rentenleistungen ausgeglichen werden muss. So spart der Staat viel Geld: Lagen die Ausgaben für den Bundeszuschuss in den 1980er Jahren noch bei 1,7 Prozent der Wirtschaftsleistung, sind sie seither kontinuierlich auf rund 1,1 Prozent gesunken.

Hinzu kommt, dass die Beiträge mit aller Gewalt auf dem historischen Tiefstand von 18,6 Prozent gehalten werden. Noch 2011 lag der Satz bei 19,9 Prozent, in den späten 1990er Jahren sogar bei 20,3 Prozent. In anderen EU-Staaten wie Österreich, Frankreich, Spanien oder Italien liegen die Sätze noch

deutlich höher, teilweise bei über 30 Prozent. Doch während in der BRD Beschäftigte und Unternehmen zu gleichen Teilen einzahlen, ist es andernorts üblich, dass die Kapitaleseite das Gros der Beitragskosten zu tragen hat. Dies soll hierzulande durch Druck auf die Rentenleistungen vermieden werden, um die Profitmacherei nicht einzuschränken. Allein eine Anhebung auf österreichisches Niveau (22,8 Prozent) würde Jahr für Jahr weitere rund 40 Milliarden in die Rentenkasse spülen.

Mehr Geld für die gesetzliche Rente stünde auch bereit, würde der Staat nicht Milliarden für die Förderung dubioser Privatvorsorgemodelle wie dem der Riester-Rente verausgaben. Mehr Geld stünde auch bereit, würden nicht nur Arbeitseinkommen, sondern auch Kapitalerträge zur Finanzierung der Rentenversicherung herangezogen werden und würden Sondersysteme zugunsten von Beamten und Politikern in die allgemeine Rentenkasse überführt werden. Eine anständige, armutsfeste gesetzliche Rente wäre finanzierbar, demographische Entwicklung hin oder her. (se)

*<https://www.jungewelt.de/artikel/525086.rentenreform-nehmt-das-ihr-alten-saecke.html>*